

Niederschrift

Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung

Sitzungstermin:	Donnerstag, 27.02.2020
Sitzungsbeginn:	16:00 Uhr
Sitzungsende:	17:00 Uhr
Ort, Raum:	Vortragssaal der Stadthalle Braunschweig, Leonhardplatz , 38102 Braunschweig

Anwesend

Vorsitz

Volker Meier

Mitglieder

Sabah Enversen

Ralf Abrahms

Matthias Disterheft

Gisela Dittmar

Hans-Peter Dreß

Christine Fischer

Thorsten Köster

Vertretung für: Karl Grziwa

Wolfgang Jainta

Bernd Jakubowski

Marion Köllner

Frank Lange

Simone Pifan

Ingo Schramm

Jan Schwarz

Eckhard Wagner

Dr. Frank Schröter

Vertretung für: Nicole Wockenfuß

Werner Warnecke

Vertretung für: Joachim Zeidler

Bürgermitglied

Dr. Reinhard Gerndt

Wilfried Pollmann

Georg Raabe

Frank-Peter Schild

Frank Täubert

Verwaltung

Manuela Hahn
Andrea Angerer
André Menzel
Simon Großmann

Protokollführung

Joachim Bortfeld

Abwesend

Mitglieder

Christoph Bratmann	entschuldigt
Karl Grziwa	entschuldigt
Stefan Klein	entschuldigt
Frank Oesterhelweg	entschuldigt
Nicole Wockenfuß	entschuldigt
Joachim Zeidler	entschuldigt

Bürgermitglied

Gerd Meister	entschuldigt
Hans-Walter Pallinger	entschuldigt

Verwaltung

Hennig Brandes	entschuldigt
----------------	--------------

Gäste:

Herr Georg (Gutachter)

Protokoll

Öffentliche Sitzung

1 Eröffnung der Sitzung und Begrüßung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Protokollnotiz:

Der Ausschussvorsitzende Herr Meier eröffnet die Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Ausschusses sowie die Gäste und Mitarbeiter der Verbandsverwaltung. Anschließend stellt Herr Meier die fristgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses für Regionalentwicklung fest.

2 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 14.11.2019

Beschluss:

Die Niederschrift über die 12. Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung wird bei zwei Enthaltungen genehmigt.

3 Erstellung des Konzepts regionalbedeutsamer Gewerbestandorte für den Großraum Braunschweig (KOREG), hier: Beschluss des Konzepts

2020/006

Beschlussempfehlung:

- „1. Das vorliegende „Konzept regionalbedeutsamer Gewerbestandorte für den Großraum Braunschweig (KOREG)“ wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
2. Die nach dem KOREG-Bericht für eine Sicherung im RROP vorgeschlagenen Bereiche für regionalbedeutsame Gewerbegebiete sollen – vorbehaltlich der im Rahmen des laufenden RROP-Prozesses noch vorzunehmenden Abwägung mit anderen Nutzungsansprüchen – im RROP 3.0 im Sinne einer Angebotsplanung als Vorbehaltsgebiet „Industrielle Anlagen und Gewerbe“ gesichert werden.
3. Die Verbandsverwaltung wird ermächtigt, die Handlungsempfehlungen (Kapitel 10) des KOREG-Berichts unter Berücksichtigung der gesetzlichen Aufgabenstellung des Regionalverbands zusammen mit den Akteuren der Region zu prüfen und ggf. umzusetzen.“

Protokollnotiz:

Frau Hahn weist zunächst darauf hin, dass der Ausschuss für Regionalentwicklung bereits über den Zwischenbericht des KOREG informiert worden sei. Heute solle nun der Endbericht des Gutachters vorgestellt und eine Beschlussempfehlung gefasst werden. Frau Hahn betont, dass es einen breiten Beteiligungsprozess gegeben habe. Dazu sei einerseits ein begleitender Arbeitskreis eingerichtet worden,

andererseits seien auch die Gemeinden des Verbandsgebietes intensiv eingebunden gewesen, insbesondere bei der Erstellung der sogenannten Flächensteckbriefe. In einem weiteren Schritt solle zusammen mit den Beteiligten geprüft werden, inwieweit die gutachterlichen Handlungsempfehlungen im Verbandsgebiet umgesetzt und ggf. ausdifferenziert werden könnten. Weiterhin werde nach Abwägung mit anderen Nutzungsansprüchen entschieden, welche der identifizierten potenziellen Gewerbeflächen bei der Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms (RROP) als Vorbehaltsgebiete industrielle Anlagen und Gewerbe festgelegt werden sollen. Durch eine solche Festlegung entstehe für die Gemeinden keine Planungspflicht, die Flächen würden aber gegenüber einer Inanspruchnahme durch andere Nutzungen gesichert.

Herr Georg (Georg Consulting) stellt anhand einer Präsentation (Anlage) den Prozess zur Erstellung des KOREG sowie wesentliche Ergebnisse dar. Er weist ausdrücklich darauf hin, dass die Erarbeitung des Konzepts unter intensiver Beteiligung regionaler Akteure erfolgt ist, wobei die Mitarbeit sehr konstruktiv gewesen sei. Zum Abschluss seines Vortrags erläutert Herr Georg die im KOREG dargelegten Handlungsempfehlungen für die Region. Er stellt besonders heraus, dass die Region ein Zukunftsbild entwickeln müsse, das die gewünschte Entwicklung in Bezug auf Industrie und Gewerbe sowie auch hinsichtlich anderer Lebensbereiche und Raumnutzungen beschreibe. Dies könne auch zur Akzeptanz geplanter Gewerbegebiete beitragen. Herr Georg spricht sich weiterhin dafür aus, den installierten KOREG-Arbeitskreis zu erhalten und weiterzuentwickeln.

Herr Meier bedankt sich bei Herrn Georg für die Konzept-Erarbeitung und für die Vorstellung im Ausschuss. Er stellt die vorliegende Beschlussvorlage dann zur Diskussion.

Auch Herr Enversen bedankt sich für die geleistete Arbeit und erinnert daran, dass er schon seit längerer Zeit die Aufstellung eines solchen Konzepts gefordert habe. Er bestätigt die erfolgte intensive Abstimmung mit anderen Akteuren und schließt die Aufforderung an, den KOREG-Arbeitskreis weiterzuführen, um auch in diesem Aufgabenfeld als Region koordiniert vorzugehen. Das vorliegende Konzept sei dabei ein wichtiger Schritt, es bedürfe aber weiterer intensiver Abstimmungen mit den jeweiligen Kommunen in Bezug auf konkrete Flächen.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen befürworte die Beschäftigung des Regionalverbands mit dem Thema Gewerbeflächenentwicklung, sagt Herr Dr. Schröter. Er hätte sich allerdings etwas mehr Transparenz bei den Kriterien für die Flächenauswahl gewünscht. Er gehe aber davon aus, dass diese Transparenz bei einer Übernahme von Flächen in das RROP hergestellt werde. In Bezug auf die Bewertung einzelner Flächen im Gutachten schließt Herr Dr. Schröter die Frage an, warum bei einzelnen Flächen eine vierte Bewertungsstufe - neben restriktionsfrei, geringen und schwerwiegenden Restriktionen - eingeführt worden sei. Beispielsweise sei bei einer Fläche im Landkreis Gifhorn „Entwicklungsperspektive unklar“ festgehalten worden. Da die Fläche in einem Überschwemmungsgebiet und Vorranggebiet Hochwasserschutz liege, sei hier eine Realisierung ohnehin ausgeschlossen. Weiterhin möchte Herr Dr. Schröter wissen, was in dem von Frau Hahn angekündigten weiteren Fragebogen für die Gemeinden abgefragt werden solle. Herr Dr. Schröter äußert die Hoffnung, dass das vorliegende Konzept dazu dienen werde, tatsächlich die geeignetsten Flächen auszuweisen und den Flächenverbrauch in der Region zu reduzieren.

Frau Hahn antwortet, dass bei den Gemeinden eine Bewertung des bisherigen Prozesses abgefragt werden solle. Außerdem gehe es darum, zukünftige Handlungsbedarfe zu ermitteln. In Bezug auf das von Herrn Dr.

Schröter angesprochene Vorranggebiet Hochwasserschutz sagt Frau Hahn, dass den Flächenbewertungen das RROP 2008 zugrunde gelegt worden sei. Zwischenzeitlich seien zahlreiche Überschwemmungsgebiete neu abgegrenzt und festgesetzt worden, was sich auch auf die Festlegung der Vorranggebiete Hochwasserschutz auswirken könne.

Herr Georg sagt zu, den angesprochenen Sachverhalt zu prüfen. Er ergänzt, dass ohnehin jede Einzelfläche noch einmal auf ihre Realisierbarkeit geprüft werde. Beispielsweise sei insbesondere im ländlichen Raum noch das Thema Fachkräfteangebot abzu prüfen.

Herr Meier betont, dass vor der möglichen Flächenübernahme in das RROP ein Abgleich und eine Abwägung gegenüber anderen Raumansprüchen erfolgen werde.

[Ergänzung durch den Protokollanten: Die von Herrn Dr. Schröter angesprochene Fläche mit der ID 59 wurde von der Stadt Gifhorn zur Aufnahme in das KOREG gemeldet. Weil das KOREG als Fachgutachten zunächst unabhängig von den anderen Fachplanungen erstellt wurde, hat der Gutachter die Fläche als Potenzialfläche aufgenommen (mit den entsprechenden Hinweisen). Im Rahmen der Abwägung wird diese (wie auch alle anderen Potenzialflächen) nochmals überprüft und bei Nutzungskonflikten abgewogen. In diesem Schritt wird das zwischenzeitlich per Verordnung festgesetzte Überschwemmungsgebiet voraussichtlich überwiegen. Die tatsächliche Flächenkulisse der KOREG-Flächen im RROP als VB Industrielle Anlagen und Gewerbe wird sich also nochmals geringfügig von der Kulisse der KOREG-Steckbriefe unterscheiden.]

Herr Abrahms möchte zunächst darauf hinweisen, dass auch bei überschwemmungsgefährdeten Gebieten in Ausnahmefällen eine Bebauung möglich sei. Er spricht sich auch für eine Weiterführung des KOREG-Arbeitskreises aus, obwohl er sonst kein Freund vieler Arbeitskreise sei. Die interkommunale Zusammenarbeit müsse zukünftig besser funktionieren, als dies bei der Planung eines gemeinsamen Gewerbegebietes der Städte Braunschweig und Salzgitter der Fall gewesen sei.

Herr Schramm fragt, wie die Reaktion der Gemeinden auf die Tätigkeit des Regionalverbands gewesen sei.

Die Gespräche mit den Gemeinden seien sehr unterschiedlich geprägt gewesen, antwortet Herr Meier. Überwiegend sei die Reaktion aber positiv gewesen und viele Anregungen der Kommunen hätten berücksichtigt werden können. Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, bittet Herr Meier um Abstimmung über die Vorlage.

Abstimmungsergebnis:

Angenommen	Abgelehnt	Enthaltungen
einstimmig		0

4 Anträge

Protokollnotiz:

Es liegen keine Anträge vor.

5 Anfragen

Protokollnotiz:

5.1 Großmanöver Defender 2020 (Fraktion Die Linke)

2020/011

Protokollnotiz:

Herr Meier verweist auf die schriftliche Beantwortung der Verwaltung.

Frau Köllner ist die Beantwortung der Anfrage nicht ausführlich genug. Offenbar sei nicht bekannt, mit welchen Behinderungen und Belastungen durch die Übung zu rechnen sei. Sie stellt die ergänzende Frage, inwieweit das Manöver mit dem Regionalverband abgestimmt worden sei.

Frau Hahn betont, dass der Regionalverband hier keinerlei Zuständigkeit besitze. Von daher seien Nato oder Bundeswehr auch nicht an den Regionalverband herangetreten.

Frau Köllner möchte wissen, ob man vorbereitet sei, falls es zu Unfällen mit Militärfahrzeugen komme.

Auch hier besitze der Regionalverband keine Zuständigkeit, sagt Herr Meier.

Herr Abrahms stellt fest, dass der Regionalverband mit den aufgeworfenen Fragen - Katastrophenschutz, Verteidigung, Nutzung der Bundesautobahn - nichts zu tun habe. Es stelle sich für ihn die Frage, wie die Verwaltung zukünftig mit Anfragen außerhalb ihres Zuständigkeitsbereiches umgehen solle.

6 Mitteilungen und Berichte

Protokollnotiz:

Es liegen keine Mitteilungen oder Berichte vor.

Herr Meier bedankt sich bei den Ausschussmitgliedern für deren Diskussionsbeiträge sowie bei der Verwaltung und den Zuschauern und schließt die Sitzung um 17:00 Uhr.

Vorsitz:

Volker Meier

Verbandsdirektor:

Hennig Brandes

Protokollführung:

Joachim Bortfeld